

---

# Aussprache

---

## Kapitulation vor der Arbeitslosigkeit

### Eine Kritik an dem Verzicht auf Wirtschaftspolitik bei Fritz W. Scharpf \* - und Oskar Lafontaine

Lafontaine und Scharpf kommen unabhängig voneinander zu den gleichen Ergebnissen: „Wichtig bleibt jedoch die strategische Einsicht, daß vorderhand die Vollbeschäftigung weder ‚kostenlos‘ durch eine keynesianische Wirtschaftspolitik, noch ‚auf fremde Rechnung‘ durch Umverteilung zu Lasten des Kapitals zurückgewonnen werden kann - sondern allenfalls durch die Umverteilung von Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitseinkommen zu Lasten der großen Mehrheit der derzeit Beschäftigten selbst.“<sup>1</sup>

Lafontaine formuliert das mit der Forderung nach dem Verzicht auf Lohnerhöhungen bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung noch konkreter. Mit der These, der Produktivitätszuwachs könne nur einmal verteilt werden - entweder für Arbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhungen -, eine spürbare Arbeitszeitverkürzung könne daher nicht mit Lohnausgleich verbunden werden, hat er offen ausgesprochen, was sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker seit langem denken.<sup>2</sup>

Seine zunächst plausible Logik hat Lafontaine auf die Kritik der Gewerkschaften hin etwas zurückgenommen, den Lohnverzicht auf Einkommen ab 5 000 DM begrenzt und als Beispiel die Besoldungsgruppe A13 des öffentlichen Dienstes genannt. Diese Konkretisierung ist allerdings doppelt fatal: Zum einen wird die Beamtenbesoldung gesetzlich geregelt - der Appell an die Tarifparteien geht also an die falsche Adresse -, zum anderen könnte mit dem Verzicht auf Lohnerhöhungen der relativ wenigen Tarifgehälter, die diese Grenze übersteigen, nur ein Minimum an neuen Arbeitsplätzen finanziert werden. Obwohl die Debatte mit großem Selbstbewußtsein geführt wird, sind die Schwächen in der Sache auffällig, ja man kann sogar sagen, daß die gesamte Argumentation auf tönernen Füßen steht.

Der Produktivitätszuwachs hat nämlich mit dem Verteilungsspielraum der Tarifpolitik nichts zu tun. Es ist eine irrije Vorstellung, lediglich der Anstieg der Erwerbs-

---

\* Fritz W. Scharpf, Weltweite, europäische oder nationale Optionen der Vollbeschäftigungspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/88, S. 14-25.

1 Scharpf, Optionen, S. 24.

2 Wolfgang Roth, Der Weg aus der Krise, Umriss einer sozialökologischen Marktwirtschaft, München 1985, S. 156.

tätigenproduktivität könne verteilt werden. Der eigentliche Verteilungsspielraum ist dagegen - akzeptiert man die Abschreibungen einmal als fixe Größe - das Nationaleinkommen, welches Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und Vermögen einerseits und Einkommen aus abhängiger Arbeit (Lohnquote) andererseits umfaßt. Es ist denkbar, daß bei gleichem Nationaleinkommen die Lohnquote um 10 Prozent stiege und die Quote der Unternehmereinkommen entsprechend sänke. Mit der Erwerbstätigenproduktivität hat das zunächst überhaupt nichts zu tun: Diese wird konventionell als Bruttoinlandsprodukt geteilt durch Erwerbstätigenstunden definiert und ändert sich durch diese Umverteilung allein noch nicht. Diese gängige Orientierung der Tarifpolitik hat allerdings für die Unternehmer den Vorteil, daß ein gegebenes Verteilungsverhältnis von Gewinnen und Arbeitseinkommen akzeptiert wird und schon definitiv nicht mehr zur Disposition steht.

Damit werden soziale und politische Faktoren der Einkommensverteilung zu quasi unveränderbaren, „naturhaften“ („früher hätte man gesagt: „ehernen“) Bedingungen der Einkommensentwicklung. In der Sozialdemokratie gibt es seit dem „ehernen Lohngesetz“ Ferdinand Lassalles eine lange Tradition der Mystifizierung ökonomischer, das heißt aber auch sozialer Zusammenhänge.<sup>3</sup> Vergegenwärtigt man sich die Entwicklung der Unternehmensgewinne, die mit einer niedrigen Investitionsquote bei der Realkapitalakkumulation und einem hohen Anteil von Finanzinvestitionen einhergeht, und die auf den Stand von 1960 zurückgefallene Lohnquote, dann wird deutlich, daß es einen ausgesprochen großen Verteilungsspielraum gibt. Die angebotsorientierte Umverteilungspolitik, die bereits in der sozialliberalen Ära begonnen wurde, besteht im Kern darin, die sozialen Kosten des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf die abhängig Beschäftigten und die Arbeitslosen abzuwälzen. Arbeitszeitverkürzung plus Lohnausgleich war und ist der Versuch, die Unternehmenseite über den Anstieg der Arbeitskosten wenigstens zu einem geringen Teil an der Finanzierung der Kosten der Massenarbeitslosigkeit zu beteiligen. Aus dieser „Solidarität“, die den Unternehmen freilich aufgezungen werden muß, werden sie von Lafontaine und Scharpf zugunsten einer „Solidarität“ der „Arbeitsplatzbesitzer“ mit den Arbeitslosen entlassen. Sieht man davon ab, daß die Arbeitsplatzbesitzer in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht die Besitzer der Produktionsmittel sind (man stelle sich die Arbeitslosen vor, die mitsamt ihren Arbeitsplätzen in den Gängen der Arbeitsämter stehen, da Art. 14 des Grundgesetzes ihr Eigentum schützt), wird damit den abhängig Beschäftigten die Verantwortung für die Höhe der Arbeitslosigkeit zugeschoben.

Lafontaines These, die Höhe der Arbeitskosten entscheide über den Umfang der Beschäftigung, wiederholt nur die neoklassische Lohn- und Arbeitsmarkttheorie.<sup>4</sup> Aus deren Sicht steigt mit niedrigen Lohnkosten die Höhe der Beschäftigung. Es war ein Verdienst von Keynes, Kalecki und anderen, darauf hingewiesen zu haben, daß die Beachtung dieser simplen Formel in der Praxis zu mehr Arbeitslosigkeit führt - niedrige Löhne verursachen einen Rückgang an kaufkräftiger Nachfrage.

Seit der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 ist bei einer sozial orientierten Wirtschaftswissenschaft unstrittig, daß es zwei Wege zur Vollbeschäftigung gibt:

1. Staatsausgaben für öffentliche Investitionen oder für die Subventionierung des Massenkonsums (Sozialeinkommen), wobei diese Ausgaben durch Anleihen, („deficit spending“) finanziert werden können,
2. Umverteilung der Einkommen von den höheren zu den niedrigeren Einkommensklassen.

---

<sup>3</sup> Karl Marx hat bereits in seiner Kritik des Gothaer Programms dazu bemerkt: „Hebe ich die Lohnarbeit auf, so hebe ich natürlich auch ihre Gesetze auf, seien sie ‚ehern‘ oder schwammig.“ Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 19, S. 15 ff.

<sup>4</sup> Zur Darstellung und Kritik: Werner Glasstetter, Konjunkturpolitik, Köln 1987, S. 127 ff.

Bereits 1944 hat Kalecki darauf hingewiesen, daß es die eigentliche Rolle der privaten Investitionen ist, Anlagen für die Konsumgüterproduktion zu schaffen, diese aber nicht genügend Arbeit schaffen können, um alle Arbeitskräfte zu beschäftigen.<sup>5</sup>

Diese „Essentials“ der keynesianischen Theorie, die auf Einkommensumverteilung, Ausweitung öffentlichen Eigentums und auf eine „sozial geleitete“ Investitionsrate hinauslaufen<sup>6</sup>, sind von der SPD offenbar niemals recht begriffen worden. Gescheitert ist in den siebziger Jahren nicht die Keynesische Theorie, sondern der „Bastard-Keynesianismus“ (Joan Robinson) der antizyklischen Globalsteuerung. Eine nachfrageorientierte, beschäftigungssichernde Wirtschaftspolitik muß durch Eingriffe in die Angebotsseite gestützt werden. Dafür stehen mit der Steuerpolitik, der Ausweitung der Mitbestimmung und dem Wirtschafts- und Arbeitsrecht auch Instrumente zur Verfügung, die genutzt werden können. Es muß nicht gleich vergesellschaftet werden, um eine soziale Ausrichtung der Produktion und eine Einschränkung des Profitmotivs als Steuerungszentrum einer kapitalistischen Volkswirtschaft durchzusetzen. Wirtschaftspolitik, die im Interesse der abhängig Beschäftigten und ihrer Angehörigen Arbeits- und Lebensqualität sichert, kommt in den Vorstellungen von Lafontaine und Scharpf dagegen überhaupt nicht vor. Lafontaine macht sogar den Versuch, die Arbeitslosigkeit durch die begriffliche Abwertung der Erwerbsarbeit und die begriffliche Aufwertung von unbezahlter Arbeit als gesellschaftliches Problem umzudefinieren.<sup>7</sup>

#### Unwägbarer Weltmarkt als Akteur der Entwicklung?

Scharpf begründet immerhin, warum es gegenwärtig keine ökonomisch plausible keynesianische Strategie für Vollbeschäftigung geben kann. Seine Begründungen lauten:

1. Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind auf absehbare Zeit durch „Instabilität“ geprägt. Internationale Koordination oder gar Kontrolle der Geld- und Währungsbeziehungen ist unmöglich. Kapitalverkehrskontrollen sind unreal und wirkungslos.
2. Mit der „Internationalisierung der Kapitalmächte“ hat die nationale Geldpolitik die Freiheit verloren, die auf dem Dollarmarkt gebotene Rendite für Finanzanlagen wesentlich zu unterschreiten. Die nationale Geldpolitik hat damit ihre „Zinssouveränität“ verloren. Damit ist ein Element einer keynesianischen Politik wirkungslos geworden.
3. Die gegenwärtigen Verteilungsverhältnisse können nicht zugunsten der Arbeitseinkommen korrigiert werden. Daher müssen die Gewerkschaften die „vorläufig irreversible Niederlage“ im Verteilungskampf akzeptieren.
4. „Zusätzliche, arbeitsplatzschaffende Investitionen“ werden nur unternommen, wenn die zu erwartenden Profitraten mit den international gebotenen Kapitalzinsen mithalten können. Diese „Mindestrendite“ muß politisch garantiert werden.

Die Argumentation folgt in erster Linie politischen Entscheidungen, die für Scharpf nicht diskutabel sind. Diese Prämissen lauten:

- Die Funktionsbedingungen kapitalistischer Ökonomien dürfen nicht eingeschränkt werden.
- Die grundsätzliche Instabilität des Weltmarkts kann durch nationale Wirtschaftspolitik nicht beeinflußt werden.

5 Michael Kalecki, *Krise und Prosperität im Kapitalismus*, Marburg 1987, S. 212 ff.

6 John Maynard Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Neuaufl. Berlin 1983, S. 275.

7 Oskar Lafontaine, *Die Gesellschaft der Zukunft*, Hamburg 1988, S. 83.

- Der Verwertungsanspruch des Kapitals muß akzeptiert werden. Sind die Realzinsen hoch, müssen die Profite noch höher sein.

Bei Verteilungskonflikten müssen daher die Arbeitseinkommen nachgeben, die Steuerquote kann nicht erhöht werden.

Wenn diese politischen Setzungen akzeptiert werden, bleibt keine andere Alternative, als den unter den abhängig Beschäftigten und den Arbeitslosen einsetzenden Konkurrenzkampf, den „Kampf aller gegen alle im eigenen Lager“<sup>8</sup> durch den „Sozialismus in einer Klasse“ in geordnete Bahnen zu lenken. Ob das gelingen kann, ist noch eine ganz andere Frage.

Scharpf versucht, seine Ergebnisse den Zwängen des Weltmarktes anzulasten. Seine Schlußfolgerungen aus der Betrachtung der Weltmarktzusammenhänge treffen allerdings nicht zu.

*Erstens* ist es unzureichend, von einer „Instabilität“ des Weltmarktes auszugehen. Nicht die Instabilität ist das Problem, sondern die extremen Verschiebungen der Handels- und Leistungsbilanzsalden zwischen den Nationen, die rasant steigende Kluft zwischen armen und relativ reichen Ländern und die damit verbundene, die Realwerterschöpfung lähmende Überschuldung vieler Nationen. Nicht flexible Anpassung an Instabilität ist gefragt, sondern internationale Koordination und geordnete Entschuldung.

Die Instabilität zu akzeptieren und weiterzumachen wie bisher, bedeutet, die Entwicklung dieser extremen Verschiebungen weiter zu forcieren und damit das Reißen und Zusammenbrechen der internationalen Finanzketten zu provozieren.

*Zweitens* ist nicht der unwägbare Weltmarkt der Akteur dieser Entwicklungen, sondern die nationalen Wirtschaftspolitiken der drei wichtigsten Industrieländer haben wesentlich zu dieser „Instabilität“ beigetragen. Während die nachfrageorientierte und kreditfinanzierte Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA als „Lokomotive“ der internationalen Konjunktur wirkte und gleichzeitig durch die Kreditzufuhr die Zinsen hochtrieb und hielt, hat die Deflationspolitik der Bundesrepublik und Japans durch niedrige Inflationsraten und relativ niedrige Lohnstückkosten zu permanent hohen Außenhandelsüberschüssen und entsprechenden Handelsbilanzdefiziten der anderen Länder, insbesondere der USA, geführt. Es ist nicht so, daß die „Instabilität“ des Weltmarkts zur Ohnmacht nationaler Wirtschaftspolitik führt, sondern umgekehrt: das Gewicht verschiedener nationaler Wirtschaftspolitiken führt zu den gegenwärtigen Verzerrungen der Weltmarktstrukturen. Dabei haben die USA den grundlegenden Fehler, der gegenwärtig von Stoltenberg bis Lafontaine und Scharpf propagiert wird, bereits vorgeführt: Die Stimulierung der privaten Investitionen durch Senkung der Unternehmensbesteuerung und der Arbeitskosten produziert einerseits eine nur durch hohe Verschuldung zu füllende Einnahmelücke des Staates, andererseits bewirkt sie durch die Begünstigung der Finanzinvestitionen (hohe Realzinsen) eine Tendenz zur Deindustrialisierung, die das Außenhandelsbilanzdefizit verschärft. Deswegen fällt der US-Dollar und zwingt die bundesdeutsche Industrie, die auf den amerikanischen Märkten verdient hat, zu Anpassungsreaktionen, das heißt zur Reduktion der Arbeitskosten und der Steuerquote. Sich dem politisch anzupassen, bedeutet faktisch, die rezessive Spirale von Lohnsenkungen, Kürzung der Sozialeinkommen, Verringerung der Konsumgüternachfrage und damit Vergrößerung der Massenarbeitslosigkeit, in Gang zu setzen.

*Drittens:* Scharpf schreibt, „daß angebotstheoretisch begründete Steuerentlastungen und Subventionen nur den Kapitaltransfer aus den Unternehmen in die inter-

---

<sup>8</sup> Scharpf, Optionen, S. 25.

nationalen Geldmärkte und in hochverzinsliche Staatsanleihen beschleunigen<sup>9</sup> und plädiert trotzdem für die Garantie einer Mindestrendite. Damit ist klar, daß er die relative Verselbständigung der bloßen Geldkapitalakkumulation von der Akkumulationsrate der realen Wertschöpfung nur durch eine Erhöhung der Realkapitalrendite rückgängig machen will. Die Garantie einer industriellen Mindestrendite über dem internationalen Niveau der Kapitalzinsen kann unter den von Scharpf skizzierten Bedingungen nur über eine weitere Senkung der Arbeitskosten erfolgen. Ökonomisch bedeutet das eine weitere Vergrößerung der Massenarbeitslosigkeit, politisch die Auseinandersetzung mit jenen Teilen der abhängig Beschäftigten, die auf gewerkschaftliche Organisation angewiesen sind. Auf der Weltmarktebene riskiert eine nationale Strategie, die währungsbedingte Marktverluste durch Senkung der Lohnstückkosten ausgleichen will, die Reaktion eines harten Protektionismus. Die USA werden sich eine ' Verlängerung des bisherigen Verlustes an industrieller Wettbewerbsfähigkeit nicht leisten können und nicht bieten lassen. Es gibt also keine realistische Alternative zur Entwicklung eines binnenmarktorientierten wirtschaftspolitischen Konzeptes in Verbindung mit einer europäischen Koordination, das heißt mit einem europäischen Beschäftigungspakt.

*Viertens:* Scharpf gibt sich verschiedentlich als Verfechter der Lohn-Preis-Spirale zu erkennen, also der bekannten Behauptung, daß Lohnerhöhungen inflationstreibend wirken. Dementsprechend erklärt er die Rezession von 1974/75 mit der Deflationspolitik der Bundesbank, die durch den „katastrophalen Tarifabschluß im öffentlichen Sektor“<sup>10</sup> veranlaßt worden sei. Auch dieser Zusammenhang ist falsch. Empirisch wie theoretisch läßt sich nachweisen, daß die Steigerungsraten der Arbeitseinkommen den Steigerungsraten der Unternehmereinkommen nachfolgen oder, um es mit Marx auszudrücken, daß die Größe der Kapitalakkumulation die unabhängige Variable, die Lohngröße dagegen die abhängige ist.<sup>11</sup> Die Scharpfsche Sichtweise reduziert die Ursachen von Arbeitslosigkeit und Inflation auf die einfache Formel von der Lohn-Profit-Klemme. Diese Betrachtung übersieht die in der spezifischen Organisation einer kapitalistischen Ökonomie immanent angelegten Krisentendenzen. Mit dem Hinweis auf die Rolle der Lohnpolitik wird auch zugedeckt, welche Bedeutung die Faktoren der Rohstoff- und Halbfertigproduktpreise, die Zinsrate, die Wechselkursänderungen und letztlich die Veränderungen des Kapitalstocks beziehungsweise des Kapitalkoeffizienten für die Rendite haben.

Für die Bundesrepublik gilt, daß trotz (oder gerade wegen) des Sinkens der realen Arbeitseinkommen und der nationalen Lohnstückkosten zumindest die Arbeitslosigkeit permanent gestiegen ist. Berücksichtigt man das Anwachsen der „stillen Reserve“, stieg die Gesamtarbeitslosigkeit sogar im konjunkturellen Aufschwung 1983/84. Umgekehrt sind die Reallohnverluste von 1980 bis 1985 ein Erklärungsfaktor für die schwache Entwicklung des Binnenmarkts und die niedrigen Wachstumsraten von 1984 bis 1987, die nur durch die Ausweitung der Exportabhängigkeit ausgeglichen werden konnten. Eine Fortführung dieser Strategie stößt auf die Schranken des Protektionismus.

#### Versuche geistige und moralische Entwaffnung der Arbeiterbewegung

Bis zu dem Zeitpunkt, als Lafontaine ausgerechnet die Tarifrunde des öffentlichen Dienstes zum Anlaß einer Lohnverzichtsdebatte nahm, waren die Scharpfschen Thesen kaum populär. Seine Position galt zwar als realistisch, aber die Strategie des Einkommensverzichts als „Sozialismus in einer Klasse“ verkaufen zu wollen, wurde als unnötig provozierend abgetan. Die Haltung des „Darüber redet man nicht, das tut man“, mit

9 Fritz W. Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt/New York 1987, S. 195.

10 Scharpf, Krisenpolitik, S. 170.

11 Marx, Das Kapital Bd. 1, in: MEW, Bd. 23, S. 648.

der Pragmatiker in der SPD bereits den historischen Revisionismusstreit aussitzen wollten, ist politisch desorientierend. Einerseits sind die Thesen von Lafontaine und Scharpf analytisch falsch und müssen dementsprechend kritisiert werden. Andererseits hätte die Orientierung an ihren Empfehlungen für SPD und Gewerkschaften verheerende Folgen. Die „Solidarität“ der mittleren Einkommensklassen der abhängig Beschäftigten (sind die höheren, außertariflichen von vornherein ausgeklammert?) bekommen SPD und Gewerkschaften entweder freiwillig oder gar nicht. Sie durch Lohnverzicht „erzwingen“ zu wollen, kann bei den nicht gewerkschaftlich Organisierten und bei den von der Notwendigkeit der Gewerkschaften Überzeugten nur zu einer noch massiveren Unterstützung von CDU, CSU und FDP führen, die diese „Leistungsträger“ durch steuerliche Entlastungen politisch an sich zu binden versuchen. Die SPD würde einerseits einen Teil der „modernen“ Arbeitnehmer verlieren, andererseits würde die Distanz zu den gewerkschaftlich aktiven Arbeitnehmern vergrößert und die Attraktivität konkurrierender politischer Parteien erhöht.

Letztlich könnten die Vorschläge Lafontaines und Scharpfs also praktisch darauf hinauslaufen, die SPD unter die 30-Prozent-Marke bei den Wählerstimmen zu drücken. Daß derartige Konzepte von Teilen der Parteispitze dennoch begrüßt werden, kennzeichnet die Orientierungslosigkeit, in der sich die SPD zur Zeit befindet. Lafontaine und Scharpf unterschätzen auch den Widerstand des Kapitals gegen Beschäftigungsstrategien und seien sie für das Kapital noch so billig. „Der Klasseninstinkt (der Kapitalisten, M. W.) sagt ihnen, daß permanente Vollbeschäftigung von ihrem Standpunkt aus ‚ungesund‘ ist und daß Arbeitslosigkeit einen integralen Bestandteil der normalen kapitalistischen Wirtschaft darstellt.“<sup>12</sup> Die angestrebte Kooperation mit dem Kapital wird also einseitig sein: Lohnsenkung: ja - mehr Beschäftigung: nein. In der Konsequenz laufen die Vorschläge auf die triviale Erkenntnis hinaus, daß gegen das Kapital nichts durchgesetzt werden kann und sich die Arbeiterbewegung in schwierigen Zeiten von der Gestaltung von Politik und Gesellschaft zu verabschieden habe.

In einer historischen Situation, in der von Seiten großer Teile der Unternehmen, des Finanzkapitals und der Bundesregierung mit Flexibilisierungs- und Deregulierungskonzepten eine grundlegende Schwächung der Gewerkschaften und die Demontage des Sozialstaates betrieben wird, zeigt die Debatte um die Vorschläge Lafontaines, daß der „Kampf aller gegen alle im eigenen Lager“ gerade durch solche Umverteilungs-ideologien begünstigt wird. In einer derartigen Situation die Defensive der Arbeiterbewegung mit der Behauptung weiter zu verlängern, die Arbeitslosigkeit könne nur „klassenintern“ umverteilt werden, kommt der versuchten geistigen und moralischen Entwaffnung der Arbeiterbewegung gleich.

Michael Wendl,  
München

---

<sup>12</sup> Kalecki, Krise, S. 238.